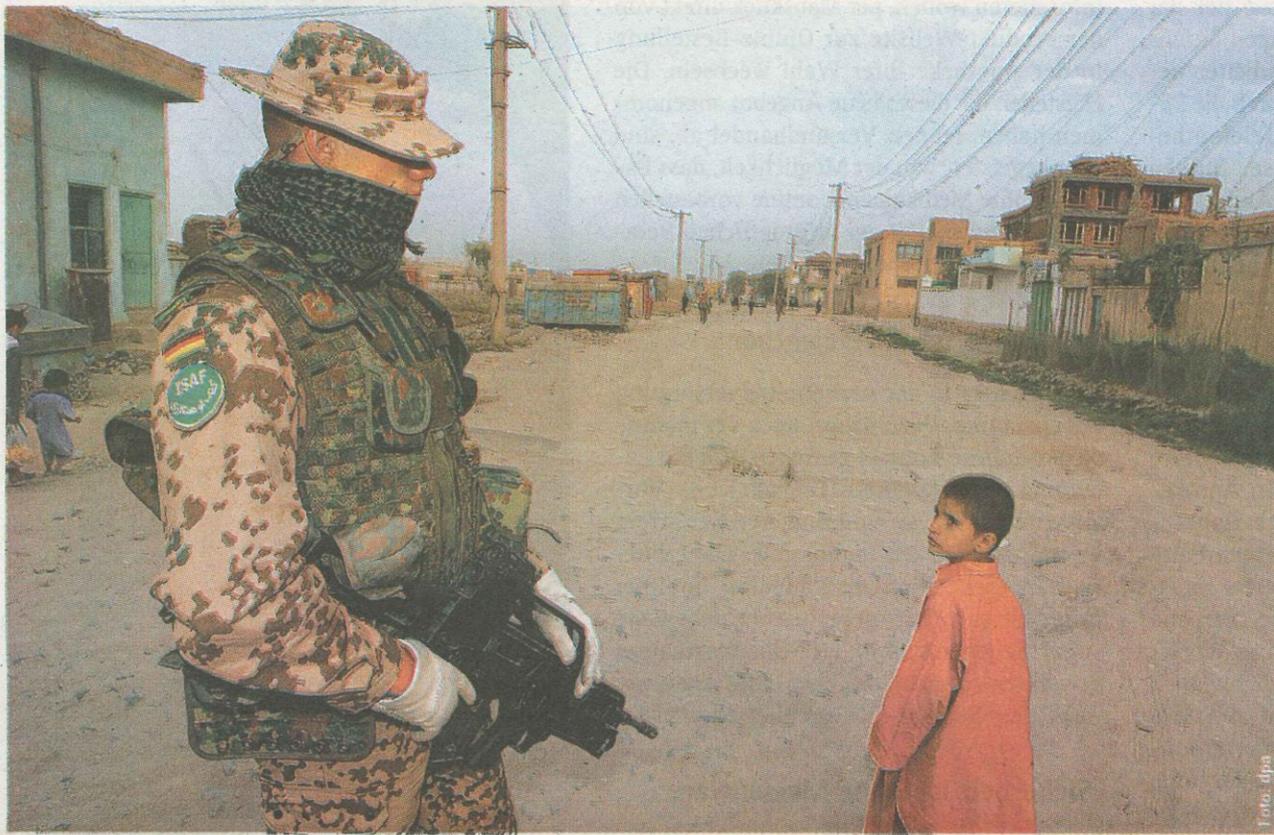


Ein souveränes Nein

Deutschlands außenpolitisches Gewicht hat zugenommen. Inzwischen akzeptiert sogar Washington die Haltung Berlins in der Irak-Frage. Von Gregor Schöllgen*



Ein Bundeswehrosoldat der Internationalen Afghanistan Schutztruppe in Kabul. Der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan und am Horn von Afrika erleichterte eine Absage an eine Beteiligung am Irak-Krieg, so Gregor Schöllgen.

Revolutionen sind unberechenbar. Ihre weit reichenden, tiefgreifenden Folgen sind daher nicht immer so gleich zu erkennen. Das gilt auch für den Zusammenbruch der alten Weltordnung seit den ausgehenden achtziger Jahren. Heute, ein gutes Jahrzehnt später, sehen wir recht klar, welche Folgen die dramatischen Umwälzungen gezeitigt haben – unter anderem eine deutliche Gewichtszunahme Deutschlands.

Das gilt selbst für seine militärische Stellung. Weltweit tun heute bis zu 10 000 deutsche Soldaten in Einsätzen sehr unterschiedlicher Art ihren Dienst. Nicht, dass sich die Republik in diese Rolle gedrängt hätte. Ganz im Gegenteil, gab es angesichts der Geschichte des Landes vor 1945 zunächst erhebliche, gut begründete Vorbehalte gegen ein wie immer gearbetetes militärisches Engagement außerhalb des klar definierten Verteidigungshorizonts.

Es war die mit Krisen, Kriegen und Konflikten aller Art zusehends überforderte Völkergemeinschaft, die das vereinigte und stabil wirkende Land seit den frühen neunziger Jahren bedrängte, sich auch militärisch weltweit zu engagieren. In dem Maße, in dem sich die Deutschen dieser Verantwortung stellten und in dem sich ihre

Streitkräfte dabei auf dem Balkan, aber auch im Sudan, in Mosambik oder auf Ost-Timor hohen Respekt erwarben, wuchsen die Erwartungen und Anforderungen der Völkergemeinschaft.

Dann kam der 11. September 2001 und mit ihm die Entscheidung der NATO, erstmals in ihrer über 50-jährigen Geschichte den Bündnisfall auszurufen. Seither ist die Bundeswehr – als Teil der inzwischen unter NATO-Führung stehenden Afghanistan-Truppe oder auch im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ am Horn von Afrika – endgültig in massiven und dauerhaften Einsätzen außerhalb Europas engagiert; seither hat die Bundesregierung aber auch das politische Gewicht, von der formal seit 1991 bestehenden vollen äußeren Souveränität des Landes Gebrauch zu machen und sich gegebenenfalls auch gegen eine Militäraktion auszusprechen.

Europäisch statt national denken

Dieses nutzte Gerhard Schröder in der Irak-Krise. So bedenklich die pauschale Absage an eine durch die UN mandatierte militärische Intervention gegen den Diktator von Bagdad auch war – das Argument, wonach Deutschland sich bereits mit Tausen-

den von Soldaten in Afghanistan oder am Horn von Afrika am Anti-Terrorfeldzug beteilige, wog schwer. Und es wurde selbstbewusst ins Feld geführt, vor allem gegen amerikanische Forderungen in der Irak-Krise. Dass Washington inzwischen diese Sicht der Dinge akzeptiert hat, ist bemerkenswert: Deutschland, stellte Außenminister Powell jüngst klar, „wird seiner Rolle gerecht“.

Hier zu Lande hatte das Nein des Kanzlers zur Folge, dass immer vernünftlicher nach den Interessen gefragt wurde, die Deutschland mit den Auslandseinsätzen seiner Soldaten verfolgt. Die Frage ist berechtigt, aber sie ist in dieser Form nicht, beziehungsweise nicht mehr, zeitgemäß. Denn in keinem Fall handelt es sich ja um einen Alleingang der deutschen Streitkräfte. Und je weniger es um nationale Einsätze geht, um so weniger lässt sich von nationalen Interessen sprechen.

Nicht, jedenfalls nicht in erster Linie, um Deutschlands Interessen geht es im Kosovo, in Bosnien oder in Afghanistan, sondern um die Interessen Europas. Keine zweite Regierung hat das so klar gesehen wie die deutsche, als sie im Sommer 1999 das Vorhaben einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ins Gespräch brachte und

damit viel Zustimmung fand. Die folgenden Entwicklungen haben demonstriert, dass die Europäer auf diesem Feld tatsächlich rasch handlungsfähig werden müssen. Das kann nur gelingen, wenn sie ihre Sicherheits- und Verteidigungsinteressen nicht mehr auf die überkommene nationalstaatliche Weise, sondern gesamt-europäisch definieren.

Enorme Reputation in der Dritten Welt

Bei der Formulierung der Antworten ist Deutschland wie kein zweites Mitglied der Europäischen Union gefordert – schon wegen seines offenkundigen politischen Gewichts, aber auch wegen seines weltweiten militärischen Engagements. Weiteres kommt hinzu, vor allem die historisch begründete, enorme Reputation Deutschlands in der Dritten Welt, wo wohl auch in Zukunft die meisten Kräfte gebunden werden. Nicht zuletzt aber hat die deutsche Politik in der Zeit des Ost-West-Konflikts gelernt, mit Souveränitätsverzicht umzugehen. Das lag zum einen an den alliierten Vorbehalten bezogen auf ihr erklärtermaßen wichtigstes nationales Anliegen, die Wiedervereinigung, zum anderen und vor allem an der zunehmenden Einbindung in das integrierte Europa.

Es mag ein Versäumnis gewesen sein, dass die Bundesregierungen seit der Vereinigung auf die Formulierung nationaler Interessen verzichtet haben. Im Lichte der jüngsten Entwicklungen waren sie damit, wohl ungewollt, ihrer Zeit voraus. Und so steht Deutschland heute, da die alte Weltordnung nach einem Jahrzehnt des Übergangs endgültig liquidiert ist, da es um die Definition transnationaler eigenständiger europäischer Sicherheitsinteressen geht, in der Verantwortung, daran federführend mitzuwirken. Seit der Vereinigung hat Deutschland das politische Gewicht für diese Rolle, seit der Irak-Krise auch das Selbstbewusstsein, sie mit Augenmaß auszufüllen.



* Gregor Schöllgen, Professor für Neuere Geschichte an der Uni Erlangen, hat soeben unter dem Titel „Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne“ (Propyläen Verlag) das intensiv diskutierte Buch zum Thema vorgelegt.